

# Kanzlerwahlverein sucht Kapitän

Wer folgt auf Angela Merkel? Die Union befindet sich trotz Krisenhoch auf Sinnsuche | Von Thomas Biebricher

Nach den schwierigen Monaten, die der Bundestagswahl 2017 folgten, hat die Coronakrise der Union eine unverhoffte Atempause verschafft, denn seit dem Beginn der Pandemie kann sie sich in einem bemerkenswerten Umfragehoch sonnen. Es gibt mehrere Gründe für diesen Höhenflug: Zum einen ist die gerade in den vergangenen zehn Jahren gewachsene Reputation als seriöse Krisenmanagement-Partei eines der wenigen verbliebenen Markenzeichen der Union, und sie hat es zudem sehr schnell verstanden, den Kampf gegen die medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in ein historisches Narrativ einzubetten, das die Parallelen zur Nachkriegszeit und damit auch den entsprechenden Geist von Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Sozialer Marktwirtschaft beschwört – eine Erzählung, die in der öffentlichen Wahrnehmung eng und überaus positiv mit der Union verknüpft ist.

Zum anderen ist da aber auch das handelnde Spitzenpersonal und seine Rollenverteilung, die der Union insgesamt zugutekommt: In bester volksparteilicher Manier sortierten sich die Laschets, Söders und Günthers in ihren jeweiligen Heran- und Vorgehensweisen so, dass ein breites Spektrum von Positionen abgebildet wurde, in dem sich eine Vielzahl von Bürgern mit ihren jeweiligen Standpunkten wiederfinden konnten – wobei die interessanteste Pointe darin bestand, dass der vermeintliche Merkel-Mann Laschet auf Distanz zur Linie des Kanzleramts ging, wohingegen der ehemalige „Asyltourismus“-Söder an der Spitze einer nun von rechtspopulistischen Anwendungen geläuterten CSU plötzlich seit 'an Seif' mit der ehemaligen Hauptverantwortlichen für die „Herrschaft des Unrechts“ (Horst Seehofer) schritt. Hinzu kamen ein agil wirkender CDU-Gesundheitsminister und eine Kanzlerin, die unions-, bzw. regierungsintern vermittelnd und öffentlich beruhigend wirkte.

Es ist ein personelles Gesamtableau, mit dem die Union eigentlich entspannt bis vorfreudig den Wahlen 2021 entgegenblicken könnte – wenn nicht im Dezember ein Nachfolger für die Kurzzeit-CDU-Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer gefunden und danach die Frage der Kanzlerkandidatur zwischen CDU und CSU geklärt werden müsste. Denn ihre aktuell durchaus populäre Mannschaftsaufstellung beschert der Union nicht unbedingt eine gute Ausgangsposition im Ringen um das Kanzleramt, das de facto spätestens im Dezember beginnt; im Gegenteil.

Für die CDU wäre es am einfachsten gewesen, hätte Armin Laschet sich als kompetenter Krisenmanager profiliert und wäre auf dem Parteitag mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt – und umgehend zum Kanzlerkandidaten – mit besten Chancen – gemacht worden.

Doch ganz so wird es wohl nicht kommen: Während Laschet unter dem Vergrößerungsglas der öffentlichen Beobachtung angesichts der teils dramatischen Situation in Nordrhein-Westfalen nicht immer die beste Figur machte und bisweilen fahrig und auch dünnhäutig wirkte, konnte sein Tandempartner Spahn trotz diverser Pannen als Gesundheits(-krisen)minister punkten, wodurch erwartbarerweise



PROF. DR. THOMAS BIEBRICHER

ist Politischer Theoretiker. Er ist Professor für die Geschichte ökonomischer Governance an der Copenhagen Business School. Nach seinem vielgelobten Buch „Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus“ (Matthes & Seitz) erscheint Anfang kommenden Jahres „Die Politische Theorie des Neoliberalismus“ bei Suhrkamp.



Wer lenkt das Unionsschiff im kommenden Jahr? Das Konrad-Adenauer-Haus im Berliner Tiergarten

Spekulationen aufkamen, dieser könnte doch noch aus dem Team ausscheiden, auf eigene Faust antreten – oder gar die Seiten im Kandidatenwettbewerb wechseln.

Größter unionsinterner Gewinner der Krise ist aber offensichtlich Markus Söder, womit sich die K-Lage weiter verkompliziert. Denn damit ist das Idealszenario der CDU Makulatur: Würde Laschet trotz aller Holprigkeiten zum Vorsitzenden gewählt, dann wohl kaum mit riesiger Mehrheit, und es wäre eben keinesfalls selbstverständlich, dass er auch als Kanzlerkandidat antritt, da er zunächst das Plazet des CSU-Vorsitzenden einholen müsste, der angesichts

seiner stratosphärischen Umfragewerte zum eigentlichen Königs- oder doch zumindest Kanzlerkandidatenmacher avanciert ist. Ein verheißungsvoller Wahlkampfauftakt Laschets sähe jedenfalls anders aus.

Über Söders eigene Ambitionen wiederum kann inmitten dieser vertrackten Gemengelage nur spekuliert werden; jedenfalls dürfte allen Beteiligten klar sein, dass auch seine Kandidatur mit großen Unwägbarkeiten verbunden wäre, die von möglichen Ressentiments innerhalb der CDU bis zur nicht zu unterschätzenden deutschen Aversion gegen einen bayrischen Kanzler reichen.

Damit sind noch keineswegs alle Aspekte dieser komplizierten Personal-Konstellation angesprochen, doch was darüber gerade in der medialen Berichterstattung oft gänzlich in den Hintergrund rückt, sind die Auswirkungen der Kandidatenkür auf die inhaltliche (Neu-) Ausrichtung der Union, vor allem der CDU. Es dürfte niemandem entgangen sein, dass die Christdemokratie in den vergangenen Jahren nicht gerade mit inhaltlich-programmatischen Positionierungen gegläntzt hat. Sicherlich war die CDU nie in erster Linie Programmpartei, und zudem erwies sich die Nichtverortung in Verbindung mit asymmetrischer Demobilisierung als überaus erfolgreich-trächtige Strategie, die erst 2017 an ihre Grenzen stieß, und zwar bekanntlich recht hart. Doch nicht von ungefähr war seitdem immer wieder von Identitätskrise, Auszehrung und konservativer Erschöpfung die Rede. Wenn die akute Coronakrise im nächsten Jahr überstanden sein sollte, wird die CDU nicht mehr im gleichen Maße wie jetzt von ihrem Ruf als patente Krisenmanagerin profitieren. Auch das geliebte konservative Symbol der „Schwarzen Null“ wird man sich nicht mehr ans Revers heften können.

Die eigentlich entscheidenden Fragen lauten also, wem es zuzutrauen ist, die CDU aus ihrer eigenen strukturell-inhaltlichen Krise zu führen, die von der Coronakrise im Moment nur verdeckt wird, und ob die größte Gefahr für die Christdemokratie langfristig nicht vor allem darin besteht, angesichts aktuell erfreulicher Umfragewerte und den ewigen Weisheiten der CDU-Wahlkampfführung – maximale parteiinterne Geschlossenheit, minimale parteiinterne Diskussion –, die im kommenden Jahr greifen dürften, die Bearbeitung dieser internen Krise immer weiter vor sich her zu schieben, dass sie nicht mehr zu bearbeiten ist – nicht einmal für die Mutter aller Krisenmanager.

## AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

## Geschwätz

Übrigens: 1975 lag der Konsum von Fleisch in der Bundesrepublik bei 82 Kilogramm pro Person im Jahr und in der DDR bei fast 78 Kilo, und zwar ohne schlechtes Gewissen, was dem Autor dieser Zeilen in Erinnerung blieb, weil er sich im Journalistenpraktikum damals mit dem fraglichen Thema befasste. Tempi passati. „Pro Kopf und Jahr essen wir Deutsche rund 60 Kilo Fleisch. Dieser hohe Fleischverbrauch birgt nicht nur gesundheitliche Risiken. Er erzwingt auch eine Massenterhaltung, die auf Mensch, Tiere und Umwelt keine Rücksicht nimmt. Deshalb fordern wir mehr Verbraucheraufklärung zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Fleischkonsums.“ Wer war's? Julia Klöckner, die CDU-Landwirtschaftsministerin? Markus Söder, CSU? Alles falsch. Die Forderung findet sich im 327 Seiten langen Programm der Grünen, mit dem sie 2013 in den Bundestagswahlkampf zogen. Einen Tag die Woche könne auf Fleisch verzichtet werden, regten sie an. Aufschrei und Empörung bei CDU und CSU waren groß: Die Grünen wollten den Menschen das Fleisch verbieten, sie wollten vorschreiben, was zum Essen auf den Tisch komme. Zwar hatten die Grünen nicht einmal eine gesetzliche Initiative angekündigt, was aber für ihre Kritiker keine Rolle spielte. Auch dass es einst das Kirchengebot gab, am Freitag Fleischabstinenz zu üben, wollten die Freunde des täglichen Schweinebratens nicht mehr wahrhaben: Die Grünen, eine Verbotspartei! Der Kampf gegen den „Veggie-Day“ wurde zum Wahlkampfschlager, 2013. Lang, lang her.

Lernprozesse gehören zur Entwicklung der Menschheit so wie der Themenklau zur Politik. „Es kann mich doch niemand daran hindern, jeden Tag klüger zu werden“, hatte einst der Altvordere der Realpolitik Konrad Adenauer gesagt, was in der – übrigens nicht belegten – Variante „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“ überliefert wurde. Massenhaftes „Keht Marsch!“ bei CDU und CSU – „nach“ Rheda-Wiedenbrück. Fleisch dürfe nicht zu billig sein, sagt Klöckner. Weniger Fleisch essen, empfiehlt sie, und einen „Umbau der Tierhaltung“ auch. Wie üblich setzt Söder noch einen drauf – in Migrationsfragen vor zwei Jahren rechtspopulistisch und AfD-nah mit Warnungen vor „Asyltourismus“, dieses Mal in antikapitalistischer Attitüde: „Agrarökologie statt Agrarkapitalismus.“ Die Grünen mochten es kaum glauben, schon wieder recht bekommen zu haben. Alles eine Frage der Zeit eben.

# Ein Land, ein Gesetz

Schockstarre und Hoffnung: Pekings nationales Sicherheitsgesetz läutet eine neue Zeitrechnung für Hongkong ein | Von Fabian Kretschmer

Das Nationale Sicherheitsgesetz ist weit mehr als ein abstraktes Damoklesschwert, das Peking über den Köpfen der Hongkonger Demokratiebewegung kreisen lässt. Schließlich hat sich das gesellschaftliche Klima in der Finanzmetropole bereits in den ersten Tagen nach dessen Einführung am 1. Juni grundlegend verändert: Die Bibliotheken der Stadt haben reihenweise Bücher von den Anführern der Protestbewegung aus ihren Regalen entfernt, darunter auch die Publikationen Joshua Wongs. Am Mittwoch schließlich haben chinesische Sicherheitsagenten ein Wolkenkratzer-Hotel in der Innenstadt in Beschlag genommen, um in Reichweite des ikonischen Victoria Parks ihre neue Behörde für Staatssicherheit einzurichten.

Das Dekret aus der Feder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Peking ist der mit Abstand größte Eingriff in die Autonomie Hongkongs. Vier Strafbestände verfolgen die insgesamt 66 Paragraphen: Subversion, Sezession, Kollaboration mit ausländischen Mächten und Terrorismus kann künftig mit bis zu lebenslangen Gefängnisstrafen geahndet werden. Die Definition nationaler Sicherheit ist so vage, dass es unmöglich ist zu wissen, wann man

Grenzen überschreitet“, sagt Nicholas Bequelin von Amnesty International. Oder anders formuliert: Es kann jeden treffen, wenn Pekings Sicherheitsapparat dies will.

Aus Sicht der Kommunistischen Partei ergibt das neue Dekret auch durchaus Sinn. Nichts fürchtet die chinesische Staatsführung schieflicher mehr als gesellschaftliche Instabilität. Dass in Hongkong seit dem vergangenen Jahr immer mehr junge Leute gegen Pekings Einfluss auf die Straße ziehen, wertete Präsident Xi Jinping seit jeher als Bedrohung. Zumal die Protestbewegung – frustriert über die mangelnde Kompromissbereitschaft ihrer Sonderverwaltungschefin Carrie Lam – sich zunehmend radikalisiert hat und die einzige Lösung für ihre Heimatstadt in der Abspaltung von Festlandchina sieht. Nun versucht die dortige Regierung, das Problem auf ihre Art zu lösen – mit totalitärer Kontrolle.

Vor allem zwei Aspekte des nationalen Sicherheitsgesetzes hat die Zivilgesellschaft der einst britischen Kronkolonie in eine Angststarre versetzt: Künftig können chinesische Sicherheitskräfte in Hongkong allein aufgrund eines vagen Verdachts Hausdurchsuchungen vornehmen, Kritiker ins Festland ausliefern und

von den dortigen Gerichten verurteilen lassen. Ebenfalls gilt das Dekret nicht nur für Hongkonger, sondern praktisch jeden Bürger weltweit, ganz gleich, wo die Straftat begangen wurde. Wenn etwa ein Aktivist aus den USA in einem Facebook-Post die Unabhängigkeit Hongkongs fordert, könnte er bei seiner nächsten Einreise in die Sonderverwaltungszone festgenommen werden.

Dies lässt auch die Alarmglocken vieler ausländischer Regierungen schrillen: Das Auswärtige Amt in Berlin hat bereits deutsche Staatsbürger in Hongkong aufgefordert, bei Kritik gegen China auf sozialen Medien „besonders vorsichtig“ zu sein. Die britische Regierung ging noch einen Schritt weiter und hat eine Reisewarnung



FABIAN KRETSCHMER

arbeitet seit 2019 als China-Korrespondent für deutschsprachige Medien mit Sitz in Peking. Zuvor war er fünf Jahre Auslandskorrespondent in Seoul, Südkorea.

herausgegeben. Auch Kanada und Australien haben in Stellungnahmen vor dem erhöhten Risiko gewarnt, in der Finanzmetropole festgenommen zu werden. Taiwan mahnt seine Staatsbürger gar, gänzlich auf Transitflüge via Hongkong zu verzichten.

Zwar laufen derzeit Bemühungen von Frankreich und Deutschland, die Europäische Union dazu zu bringen, künftig keine Polizeiausrüstung mehr nach Hongkong zu exportieren. Wirtschaftliche Sanktionen werden jedoch nicht diskutiert. Nur US-Präsident Donald Trump hat bereits den Sonderstatus für Hongkong aberkannt.

Es ist von heutiger Warte aus schwer vorstellbar, dass die Proteste erneut zu jener Relevanz finden wie noch im Juli 2019: Damals zogen weit über eine Million aller Stadtbewohner auf die Straße, um politischen Wandel einzufordern. Als wahrscheinlich gilt, dass es unter dem harten, gewaltbereiten Kern zu einem letzten, zweifelten Aufbäumen kommen könnte. Die Moderaten des pro-demokratischen Lagers werden sich zunehmend ins Private zurückziehen, ihre Social-Media-Profile löschen und möglicherweise über Emigration ins Ausland nachdenken. Der Drang nach politischer Reform wird zwar durch

das neue Gesetz nicht verschwinden, doch wird sich ein anderes Ventil suchen.

Unter den Hongkongern herrscht jedoch nicht nur Trauer über die verlorene Autonomie der Sonderverwaltungszone. Ein nennenswerter Teil der Bevölkerung begrüßt die Machtdemonstration Pekings, die wohl „Recht und Ordnung“ in die von gewalttätigen Ausschreitungen gebeutelte Stadt bringen wird. Vielen Geschäften wird dies eine bitter benötigte Verschnaufpause beschern. Auch die Hongkonger Märkte profitieren zumindest mittelfristig von dem Gesetz, denn durch die engere Anbindung an Peking dürften künftig noch mehr chinesische Unternehmen eine Börsennotierung in Hongkong vornehmen.

Die dortige Regierungschefin Carrie Lam ist derzeit vor allem damit beschäftigt, die internationale Gemeinschaft zu besänftigen. Das Sicherheitsgesetz sei „völlig verfassungsgemäß“ und „nicht streng“, sagte sie wiederholt. Die Realität spricht eine andere Sprache: Am Montag löste die Polizei eine Versammlung von einigen Aktivisten in einem Einkaufszentrum auf. Ihr Vergehen: Anstatt Unabhängigkeitslogos hielten sich die jungen Demonstranten lediglich weiße, leere Zettel vor die Brust.